

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Betuwe – so nicht! sondern besser!

22. Januar 2017

Sprecher (u.a.)
Gert Bork ☎ 0281-64355
Achim Schmitz ☎ 02822-80693
Axel Pansegrau ☎ 02857-1537
Hans-Jörgen Wernicke ☎ 02828-314

admin@betuwe-niederrhein.de

www.betuwe-niederrhein.de
www.betuwe-gefahr.de

Offizieller Baubeginn der Ausbaustrecke Emmerich-Oberhausen

Bewertung des Festaktes am 20. Januar 2017

- Fehlstart unter Zeitdruck
- Keine konkreten Verbesserungen
- Unverständliche Aussagen zur Finanzierung

Die Festredner zum Baubeginn waren aus Sicht der Bürgerinitiativen voll des Eigenlobes und erweckten den Eindruck, alle Probleme seien so gut wie gelöst. Bei den Niederländern entschuldigte man sich für die jahrzehntelange Verzögerung von 25 Jahren und hob die Bedeutung der wichtigsten Güterzugtrasse Europas für die Wirtschaft und Wohlstand hervor. Jetzt soll alles ganz schnell gehen. Die Hoffnung auf eine schnelle Fertigstellung ist eher Wunsch als Wirklichkeit. Erst ein einziger Planfeststellungsbeschluss ist ergangen, und gegen diesen klagt die Stadt Oberhausen.

Auch wenn anerkannt wurde, dass die Bürgerinitiativen nicht gegen den Ausbau sind, sondern nur bessere Lösungen wollen, verkündeten die Redner keine konkreten Verbesserungen. Im Detail:

1. Keine Zusage, die Forderungen der kommunalen Feuerwehren voll zu erfüllen.
Gebetsmühlenartig wurde betont, man sei im Gespräch – das hörte sich eher nach einer ganz großen Drohkulisse von allen Seiten auf die kleinen Feuerwehren an.
2. Keine Verbesserung des aktiven Lärmschutzes, wir bekommen nach wie vor schlechten, nicht zeitgemäßen Lärmschutz. Die Worte der Pressemeldung von Bahnvorstand Pofalla vom 27. Dezember 2016 „Nur über aktive Schutzmaßnahmen bekommen wir die Akzeptanz der Menschen für klimafreundlichen Güterverkehr auf der Schiene und können weiter wachsen“ wurden nicht umgesetzt, also bei uns gibt es nach wie vor Schienenbonus, Lücken und passiven Lärmschutz.
3. Keinerlei Zusagen für über 7.000 Gebäude (geschätzt über 80.000 Menschen), die nur einmalig einen passiven Lärmschutz bekommen (und nur für Wohn- und Schlafräume).
4. Keine Zusagen für bessere Bahnhöfe und Haltepunkte (transparente Wände statt Angsträume oder für einen Aufzug für den um sieben Meter höher gelegten Bahnhof Friedrichsfeld etc.)

Unverständlich sind die Aussagen von Staatssekretär Enak Ferlemann in seiner Rede, es sei mehr als genug Geld in Berlin vorhanden – so viel könne die Bahn gar nicht verbauen. Wir fragen uns: Was sind dann die Gründe, die dazu führen, dass Bundesregierung und Deutsche Bahn AG, nicht auf die Forderungen nach zeitgemäßem Lärmschutz, Sicherheit und gutem Nahverkehr eingehen. Angesichts des Überschusses von 6,2 Milliarden Euro im Bundeshaushalt 2016, können diese Forderungen aus Sicht der Bürgerinitiativen nicht an Finanzierungsfragen scheitern. Es geht um 130 bis 190 Millionen Euro für besseren Lärmschutz und mehr Sicherheit an den 72 Kilometern Trasse, als bisher zugestanden.

In diesen Punkten sind Bundes- und nordrhein-westfälische Landesregierung in der Pflicht, für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen, wie in anderen Teilen Deutschland, wo nach neuesten Erkenntnissen mit den – und nicht gegen die – Menschen gebaut wird.

Auffallend war, dass nicht alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Kommunen entlang der sogenannten Betuweroute anwesend waren. Die Bürgerinitiativen vermuten, dass sich die kleineren Kommunen durch die Kostenregelungen für die Kreuzungsbauwerke erpresst fühlen und sich wegen fehlender Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit der Deutschen Bahn AG um Brückenbauwerke und Untertunnelungen des Landesregierungen genötigt sehen, schlechtere Lösungen in Kauf zu nehmen. Da mag anscheinend nicht jeder Bürgermeister mitjubeln.

Es geht nicht nur um wenige Pechvögel, die zufällig am Gleis wohnen, denn die Baumaßnahme wirkt tief in unsere Lebensräume. Projekte, die jetzt gebaut werden, werden über ein Jahrhundert intensiv genutzt und haben erheblichen Einfluss auf die Lebensqualität Generationen. Konstruktive Lösungsvorschläge, zum Beispiel zur langfristigen Finanzierung von Mehrkosten, haben die Bürgerinitiativen schon 2013 mit dem Niederrheinischen Appell an die Bundesregierung und den Bundestag vorgelegt.

Die Akzeptanz bei den Menschen für die Verkehrswende hin zur Schiene wird nur gelingen, wenn am Gleis gesunde und sichere Lebensverhältnisse geschaffen werden. Nur dann ist die Schiene ein wirklich umwelt- und menschenfreundliches Transportmittel.

Wir wollen in Zukunft weder Versprechungen, die sich als Versprecher entpuppen, noch Worthülsen. Die Pläne für den dreigleisigen Ausbau Emmerich-Oberhausen müssen substantiell und nachhaltig für Generationen nachgebessert werden.

Die Bürgerinitiativen protestieren gegen einen rücksichtslosen Gleis-Ausbau ohne ausreichende Sicherheitstechnik und ohne zeitgemäßen Lärmschutz. Allein in unserer kleinen Region werden Hunderttausende Anwohner und deren Nachkommen permanent gefährdet und in den nächsten 100 Jahren gesundheitlich belastet, weil Schienentransport sonst „unwirtschaftlich“ wird. Die Kosten für Gleis-Sicherheit müssen die Bürger über Ihre Gemeinde-Steuern zahlen. Abnehmende Lebensqualität schädigt dauerhaft unsere Gemeinwesen. Geschlossene Übergänge zerschneiden Städte. Es geht nicht nur um wenige Pechvögel, die zufällig am Gleis wohnen, denn der Lärmteppich entlang der Gleise reicht rechts und links jeweils einen Kilometer, tödliche Gaswolken nach Gefahrgutunfällen breiten sich rechts und links der Gleise jeweils bis zu acht Kilometer aus.